

**Hansestadt Wipperfürth
Frau Bürgermeisterin Anne Loth
Marktplatz 1
51688 Wipperfürth**

Anträge zum Haushalt 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
die FDP-Fraktion stellt folgende **Anträge zum Haushalt 2022:**

Allgemeine Vorbemerkung

In ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2022 weist die BM bereits darauf hin, dass der Haushaltsentwurf bis 2025 durchgehend Millionendefizite ausweist, die nur durch die vom Land erfundene „Bilanzierungshilfe“ kaschiert wird. Auch unter dem Aspekt der Investitionen der kommenden vier Jahre von 75 Mio. €, von denen 50 Mio € durch Kredite, also neue Schulden finanziert werden sollen, kommt sie zu dem Schluss, dass „ Vieles, was wünschenswert ist, werden wir uns, wenn man sich diese Zahlen anschaut, nicht leisten können!“.

Diesem stimmen wir als FDP vollinhaltlich zu!

Zusätzlich kommen aktuell durch den Ukraine-Krieg Aufgaben und Kosten (Flüchtlinge) und Kosten für die Energieversorgung in erheblichen Umfang auf die Hansestadt Wipperfürth (im Folgenden Stadt oder Wipperfürth) zu, die das Haushaltsdefizit noch erhöhen werden.

Unter Würdigung vorgenannter Gesichtspunkte stellen wir die folgenden Anträge zum Haushalt 2022:

1. Überprüfung der Investitionen in die städtischen Schulen sowohl im Bestand wie für Neubauten mit dem Ziel einer Verminderung der geplanten Investitionen

Begründung

Wipperfürth wirbt als Schulstandort. Als der Begriff vor 40 Jahren geprägt wurde, hatte Wipperfürth betreffend der weiterführenden Schulen in der Region Wipperfürth, Lindlar, Engelskirchen, Hückeswagen, Marienheide und Kürten ein Alleinstellungsmerkmal. Im Zeitablauf sind Gymnasien in Lindlar und Engelskirchen sowie Gesamtschulen u.a. in Marienheide und Kürten entstanden. Insgesamt ist damit Wettbewerb um Schüler aufgetreten. Die Einwohnerzahl von Wipperfürth hat sich im Zeitablauf verringert. Dieses hat erhebliche Auswirkungen auf die Schülerzahlentwicklung und damit Auslastung der Schulen (Grundschulen außen vor gelassen).

Durch die zunehmende Digitalisierung ändern sich auch die Anforderungen an die technische Ausstattung der Gebäude, Dies gilt auch für die Grundschulen sowie die Haupt- und Realschule.

In Anbetracht dessen sollte überlegt werden, eine „state of the art“ – Grundschule neu zu konzipieren, die logistisch auch gut anzufahren ist, ggf. in Verbindung mit einer neuen Kita. Ggf. sollte auch überlegt werden, Haupt- und Realschule zu einer Sekundarschule zu entwickeln. Dieses führt zu einer besseren und flexibleren Personal- und technischen Ausstattung.

Gemäß Haushaltsentwurf sollen für die GS Wipperfeld weitere Mittel von 1,31 Mio. € bereitgestellt werden. Darin sind mit Dämmung der oberen Geschossdecke und der Fassadensanierung 1,02 Mio. vorgesehen. Hier sollte geprüft werden, ob diese Maßnahmen in dieser Höhe z.Zt. unbedingt notwendig sind. Ziel sollte sein, mit niedrigeren Kosten zu planen.

Gemäß Haushaltsentwurf sollen für den Umbau des E.v.B. Gymnasiums mit den weiteren Maßnahmen weitere Mittel in Höhe von 943 T€ bereitgestellt werden. Damit werden sich die Gesamtkosten auf 18,8 Mio. € belaufen, davon energetische Sanierung mit 5,06 Mio. €. Damit sind von ca. 35 Mio. € Investitionen in die städtischen Schulen etwa die Hälfte nur für das E.v.B. vorgesehen.

2. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes im Hinblick auf eine notwendige Reduzierung der Personalkosten

Die Personal- und Versorgungskosten sind von 2013 mit von 10,3 Mio. € (20,8 % des Gesamtaufwandes) auf 17,4 Mio. € (entsprechend 25,7 % des Gesamtaufwandes) gestiegen. Das sind in neun Jahren 70 % Steigerung. Dabei ist der Personalaufwand je Einwohner von 486 € auf 835 € um 71 %

gestiegen. Nach unserer Wahrnehmung haben die der Wipperfürther Bürger und Bürgerinnen keine nennenswerte Verbesserung der Verwaltungsleistungen erkennen können.

Die Verwaltung sollte den Personalentwicklungsplan fortschreiben und als Ziel bis 2015 mindestens 5% der Personalkosten reduzieren. Besonderer Augenmerk sollten die Einsparmöglichkeiten durch den Ausbau der IT-Infrastruktur und Digitalisierung von Verwaltungsabläufen gelegt werden.

3. Anstreben einer Festzinsbindung soweit regulatorisch machbar

Begründung

Das aktuelle Zinsniveau zwischen 0 bis 1 % dürfte aufgrund der zu erwartenden Inflation steigen. Wir empfehlend dringend, soviel wie der regulatorische Rahmen es erlaubt, längerfristig zu refinanzieren.

4. Überprüfung der Rolle der WEG Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft GmbH

Begründung

Die WEG wurde Mitte der 90-er Jahre gegründet mit dem Ziel, eine sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, der Erschließung von Gewerbeflächen, der Tourismusförderung sowie der Betreuung der Wirtschaft und des Einzelhandels zu gewährleisten.

Ein Mangel an Bau- und Gewerbegebieten ist nach wie vor gegeben. Der Einzelhandel tut sich schwer, im bergischen Kontext ist Wipperfürth im Tourismus wenig präsent. Deshalb sollte evaluiert werden, wie effektiv die WEG die erwarteten Leistungen erbracht hat.

Die Leistungen für Tourismus und Wirtschaftsförderung, die von der WEG erbracht werden, muss mit Mehrwertsteuer vergütet werden. Es sollte kurzfristig geprüft werden, ob die Stadt diese Leistung eigenständig erbringen kann, um die Mehrwertsteuer zu sparen.

Fazit: Eine Evaluierung (in Eigenregie) der erbrachten Leistungen der WEG seit ihrem Bestehen sollte Hinweise auf eine Neuausrichtung der WEG ergeben. Dabei sollte auch dem Aspekt einer guten Unternehmensführung beachtet werden.

5. Konzept zur CO2-Neutralität

Begründung

Mit Antrag vom 23.02.2021 hat die FDP ein Konzept zur CO2-Neutralität erbeten. Dieser Vorgang wurde im KUNA am 31.03.2021 entschieden. Der FDP-Antrag steht im Einklang mit dem Antrag der CDU (Ziffer 3) vom 07.03.2022. Unser damaliger, weiterführender Antrag sollte Berücksichtigung finden.

6. Zusammenarbeit mit dem OBK und mit der Regionale

Begründung

Der OBK baut derzeit die Personalkapazitäten für Mobilitätskonzepte im Kreis aus.

Ebenso baut der Kreis der OBK die Personalkapazität für Akquisition von Fördermaßnahmen aus.

Wir empfehlen dringend, auch auf diesen beiden Feldern die Zusammenarbeit eng mit dem OBK zu pflegen (Nutzung von Synergien).

Das Know How der Regionale sollte ebenso intensiv genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Für die FDP-Fraktion

Franz Josef Flosbach Helmut Gomolzig